



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European
Confederation of Police (EUROCOP)

Landesbezirk Schleswig-Holstein

Gewerkschaft der Polizei - Max-Giese-Straße 22 - 24116 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Telefon: 04 31 - 1 70 91
Telefax: 04 31 - 1 70 92
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp.de
Internet: www.gdp-schleswig-holstein.de

Bürozeiten:
Mo / Di / Do 7.30 bis 16.30 Uhr
Mi 7.30 bis 15.30 Uhr
Fr 7.30 bis 13.00 Uhr

Bankverbindung: Förde Sparkasse
IBAN DE11 2105 0170 1001 9965 76 BIC NOLADE21KIE

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

67.00.1

16. Mai 2014

rr/ro

Verdeckte Radarkontrollen abschaffen – Sicherheit geht anders!

Antrag der Fraktionen von PIRATEN und FDP

Drucksache 18/1667 (neu)

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3354

Sehr geehrte Damen und Herren,

Geschwindigkeitsüberwachung ist ein wichtiger Bestandteil der staatlichen Pflichtaufgabe, den Straßenverkehr wirksam zum Schutz vor Schäden an Leben, Gesundheit und Eigentum zu kontrollieren. Ohne wirksame Überwachung ist ein deutlich erhöhtes Verkehrsunfallrisiko zu befürchten.

Dabei ist es nach Auffassung der GdP durchaus von Relevanz, an welchen Orten die Kontrollen durchgeführt werden, hier sollten Unfallschwerpunkte, Gefahrstellen und besondere Örtlichkeiten (Schulen, Sportanlagen, Seniorenheime) ausgesucht werden. Dabei kann sich auch eine verdeckte Überwachung anbieten, um letztendlich einen Flächenkontrolldruck zu erzeugen. In vielen Fällen wäre es auch sinnvoll, die Verkehrsteilnehmer direkt anzuhalten, um nicht nur Personalien festzustellen sondern zugleich persönlich auf das Fehlverhalten hinzuweisen, hierzu fehlt es leider allzu oft an Personal.

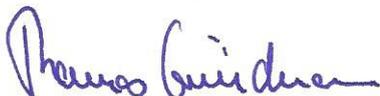
Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei ist deshalb eine generelle Abschaffung verdeckter Radarkontrollen aus Verkehrssicherheitsgründen wenig wirkungsvoll. Eine Mischung

aus „offenen“ und „verdeckten“ Kontrollen ist nach unserer Auffassung der bessere Weg. So sollte der Überwachungseffekt, also das „unsichere Gefühl“ als Kfz.-Führer ggf. auch im Nachhinein damit rechnen zu müssen, bei Geschwindigkeitsüberschreitungen mit seinem Fehlverhalten konfrontiert zu werden, mit Blick auf Aspekte der Verkehrssicherheit erhalten bleiben.

Die Idee der Initiatoren, Einnahmen aus der Verkehrssicherheit auch wieder als Mittel dieser Arbeit zuzuführen, ist sinnvoll und wird von uns unterstützt.

Auch der Ansatz eine Bundesratsinitiative zum Verbot von Radarwarngeräten zu starten ist richtig.

Mit freundlichen Grüßen
Der Vorstand
i. A.



Thomas Gründemann
Schriftführer